

Betten bleiben weiterhin leer

CORONAKRISE Gemeinnützige Übernachtungsbetriebe hoffen auf Unterstützung

In einem Schreiben an Astrid Grotelüschen baten die Träger des Blockhauses Ahlhorn um Unterstützung. Auch auf die Situation anderer Einrichtungen wollen sie aufmerksam machen.

VON JANA WOLLENBERG

AHLHORN – Absagen, ausbleibende Jugendgruppen und finanzielle Nöte: Wie viele andere gemeinnützige Übernachtungsbetriebe kämpft auch das Blockhaus Ahlhorn mit den Folgen der Coronapandemie. In einem Schreiben hatte sich die Einrichtung der evangelisch-lutherischen Kirche an die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen gewandt, um die Situation zu schildern und um Unterstützung zu bitten. Bei einem Besuch im Blockhaus kam die Politikerin mit Leiterin Anke Peinemann, Oberkirchenrat Detlef Mucks-Büker und Kuratoriumsvorsitzendem Jost Richter zusammen, um über mögliche Hilfen zu sprechen.

Peinemann fasste zusammen, mit welchen Problemen das Blockhaus kämpft: Klassenfahrten, Ferienfreizeiten und andere Besuche von Jugendgruppen sind auf unbestimmte Zeit nicht möglich. Seit dem 25. Mai dürfen in Ahlhorn zwar wieder Übernachtungen stattfinden. Dass dies für das Blockhaus aber noch lange keine Entlastung bedeutet, macht die Belegung am letzten Tag der Pfingstferien besonders deutlich. Am Pfingstdienstag waren von etwa 180 Betten im Blockhaus nur 18 durch Besucher einer Tagung belegt. „Eigentlich wären wir voll“, so Peinemann.

Weiterhin leere Betten

Mit etwa 30 600 Übernachtungen habe man in diesem Jahr gerechnet. Nach aktuellem Stand seien mehr als die Hälfte davon, nämlich 53 Prozent, bereits abgesagt. Was fehlt, ist die Planungssicherheit, auch von Seiten der Gäste: Klassenfahrten würden meist mindestens ein Jahr im Voraus geplant, meinte



Trafen sich im Blockhaus Ahlhorn mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen (von links): Jost Richter, Anke Peinemann und Detlef Mucks-Büker. BILD: JANA WOLLENBERG

BLOCKHAUS AHLHORN AUF DEM PRÜFSTAND

Im vergangenen Jahr war der Fortbestand des Blockhauses in kirchlicher Trägerschaft geprüft worden.

Der Hintergrund: Ab 2025 sollte die evangelisch-lutherische Kirche Oldenburg beim Blockhaus und dem Bildungshaus Rastede jährlich

300 000 Euro sparen.

Ein Gutachten empfahl, das Blockhaus Ahlhorn aufzugeben und die Einrichtung in Rastede fortzuführen.

Das Kirchenparlament entschied sich zunächst gegen die Schließung.

Mucks-Büker.

„Uns ist auch wichtig darauf hinzuweisen, dass wir nicht die einzigen sind“, sagte er. Die Pfadfinderbildungsstätte Sager Schweiz und das Schullandheim Bissel befänden sich beispielsweise in einer ähnlichen Situation.

„Es muss eine Unterstützung geben“, betonte Grotelüschen. „Gerade die Gemeinnützigkeit lässt das Blockhaus und zum Beispiel auch die Pfadfinderbildungsstätte oder das Schullandheim Bissel durch das Netz der für gewerbliche Wirtschaft konzipierten Hilfen rutschen.“ Da sich das Blockhaus in kirchlicher Trägerschaft befindet, habe man die finanzielle Unterstützung von Bund und Land nicht in Anspruch nehmen können,

erläuterte Peinemann. Anders als Niedersachsen hätten einige Bundesländer eigene Rettungspakete für gemeinnützige Betriebe initiiert, so Grotelüschen.

Zusammen Lösung finden

„Wir wissen um die Problematik und wollen in Absprache mit den Ländern unterstützen“, sagte die Bundestagsabgeordnete. Schon im April habe sich daher die CDU/CSU-Bundesfraktion an verschiedene Ministerien gewandt. „Es kann nur um eine trägerspezifische Lösung, ein Sonderprogramm, gehen.“ Gemeinsam mit ihrer Fraktion setze sie sich dafür ein, dass dieser Punkt in den Gesprächen über weitere Hilfspakete berück-

sichtigt werde. „Ich kann hier und heute nichts versprechen“, machte die Abgeordnete deutlich. Aber sie sei sicher, dass der Bund sich an Hilfen für gemeinnützige Einrichtungen beteiligen werde.

Dass das Blockhaus Ahlhorn durch die Coronakrise in finanzielle Schieflage geraten könnte, wirft auch Fragen über den Fortbestand des Hauses auf. Im letzten Jahr war dieser aufgrund von Sparvorhaben der Kirche für einige Zeit unsicher gewesen.

Der Oberkirchenrat hatte 2019 den Auftrag erhalten, eine Nutzung durch kirchliche Gruppen auch in außerkirchlicher Trägerschaft zu prüfen. Zudem sollte betrachtet werden, wie der Betrieb in eigener Regie unter Beachtung der Sparvorgaben weitergeführt werden kann. Dazu ist ein Zeitrahmen bis zur Synode im Frühjahr 2021 gesetzt worden.

„Im Moment sind die Zukunftsbeschlüsse auf Eis gelegt“, sagte Richter. Bei einer wegen Corona in den September 2020 verschobenen Synode werde es vermutlich einen Finanzbericht geben, ergänzte Mucks-Büker. Erst dann könne eine Aussage über die derzeitige finanzielle Situation der Kirche getroffen werden.